

Forum und Dialog

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **170 (2004)**

Heft 5

PDF erstellt am: **22.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

- Neue subsidiäre Daueraufgaben der Armee
- «Feuertaufe» der Einsatzarmee
- USIS – wars das wirklich schon?

Kalamitäten A XXI

Die Bilanzen des VBS

Als Beobachter des aktuellen Umbaugeschehens in der A XXI muss man zum Schluss kommen, dass die Bilanzen des VBS nicht stimmen können. Es wird behauptet für die reduzierte Armee in gewissen Bereichen zu wenig Material und vor allem eine ungenügende Anzahl Korpswaffen zu besitzen. Auch wird behauptet, es würden die finanziellen Mittel fehlen, um die Ausrüstung sicherzustellen. Dass dies wohl nicht sein kann, wenn die A95 ordentlich ausgerüstet war, ist offensichtlich. Heute kann man nur Vermutungen anstellen, was mit den Mitteln geschehen sei.

Rüstungsverkäufe

Beim Lesen der Sonntagszeitung vom 28. März 2004 beginnt es einem nun zu dümmern. Da will also unser VBS Kampfpanzer und Schützenpanzer verkaufen, behauptet aber gleichzeitig, zu wenig Schützenpanzer für die reduzierte Truppe zu haben. Für verschiedene Länder, welche erheblich instabiler und gefährdeter sind als die Schweiz, ist unser Material anscheinend absolut brauchbar. Warum kann unser Land die Schützenpanzer, welche die Amerikaner noch in diesem Golfkrieg eingesetzt haben, nicht selbst verwenden? Warum sollen also solche Fahrzeuge für unsere Truppe fehlen?

Unnötige Beschaffungen – Kernkompetenz

Es sollen die zweite Tranche eines fragwürdigen Panzer-Beschaffungsprogramms (zumindest

nur nice-to-have und sicher nicht need-to-have) sowie weitere Rüstungsvorhaben durchgedrückt werden. Diese entsprechen aber der Bedrohungsannahme und dem Armeeleitbild in keiner Weise.

Vielmehr sind sie in der Missdeutung der «Wahrung der Kernkompetenz» begründet, indem nur das Modernste, aber dafür halt so wenig, wie dann bezahlbar, beschafft werden soll. Die Fähigkeit zur Erfüllung der Aufträge spielt dabei eine untergeordnete Rolle, viel wichtiger scheint die Annäherung an aus dem Ausland übernommene Ausrüstungsmodelle und Erwartungen zu sein.

Unter diesem Titel ist auch das Konzept A XXI/11 von 4x50000 AdA – wobei nur noch teilausgerüstet – zu sehen, welches Div Baumann der Wehrtechnik-Industrie am 29. Oktober 2003 in Bern präsentiert hat, und vom Chef der Armee mit seiner Vorstellung einer Armeelite von 50000 AdA unterstrichen wird.

Cui bono?

Der dem Stimmbürger verkauften A XXI und dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bevölkerung entspricht dies sicher nicht. Ökonomisch ist dieser Einsatz der beschränkten Mittel sicher auch nicht. Die postulierten Aufträge der Armee können so nicht erfüllt werden. Das Land und seine Armee werden in eine vertiefte Kooperationsabhängigkeit geführt, indem Bestände, Aufwuchsfähigkeit und schliesslich die allgemeine Wehrpflicht in Frage gestellt werden.

So wird unser Land verändert, nicht nur in der Armee, sondern auch in anderen Bereichen. Es

spannen bürgerliche Selbstbediener mit der Linken zusammen, welche sich darauf verlassen kann, dass das Land sich gesellschaftlich in ihre Richtung bewegt.

Georg Ober-Kassebaum
Oberstlt i Gst, 8142 Uitikon

Ungereimtheiten beim Start der Armee XXI

Nachdem der Vorsteher des Departementes VBS am 17. Februar 2003 den Abstimmungskampf um die Militärgesetzgebung zur Armee XXI u. a. damit eröffnet hatte, die Leute des Referendums- und Abstimmungskomitees als Fantasten und Lügner zu bezeichnen, entschloss sich die genannte Organisation, den Übergang von der Armee 95 zur Armee XXI mit einem kleinen Kernstab zu verfolgen. Das hat sich gelohnt. Unsere Beobachtungen lassen sich in die Bereiche «Unaufrichtigkeit» und «Staatspolitik» gliedern.

Zum Bereich «Unaufrichtigkeit»

Es bereitet teilweise Mühe, vom Departement VBS speditiv Reglemente zur Armee XXI und Auskünfte zu bestimmten Sachfragen zu erhalten. Als Beispiel sei das Nachfolgerelement «Organisation Truppenkörper und Formationen» (OFT; früher OST) erwähnt. Bis jetzt sind wir einzig im Besitz des Teils «Personalbestände». Für den Teil «Fahrzeuge und Waffen» müssen wir uns bis Mitte des laufenden Jahres gedulden! In diesem Zusammenhang haben wir Anfang Februar erfahren, dass für die Pz Mw Kp der aktiven 24 Inf, Geb Inf-, Pz- und Pz Gren Bat nur die Minenwerfer für elf Kompanien vorhanden sind. Für die entsprechenden acht Reservebataillone stehen zurzeit keine Minenwerfer zur Verfügung. Wir sind der Auffassung, dass es unaufrichtig ist, Gliederungsbilder der Armee XXI in Zirkulation zu setzen, die keinen Hinweis auf unvollständige Waffenzuteilung enthalten. Unsere entsprechenden Anfragen betreffend der Schützenpanzer sind immer noch nicht beantwortet. Auch die in der Dokumentation ALB XXI enthaltenen Angaben des Jahres 2001 hinsichtlich Material für die Reserveformationen sind nach den erhaltenen neuesten Informationen nicht mehr gültig. Wir bedauern die Frage stellen zu müssen: Warum wurden diese Entwicklungen den Stimmberechtigten nicht schon vor dem 18. Mai 2003 bekannt gegeben?

Zum Bereich «Staatspolitik»

Unsere Referendums- und Abstimmungsorganisation hatte stets auf die Ausrichtung der Armee XXI Richtung NATO hingewiesen. Wir wurden als Lügner bezeichnet. Wie stellt sich die Lage heute dar? Das Programm 2004 für die Partnerschaft für den Frieden (PfP) zwischen dem Departement VBS und der NATO ist formell in Ordnung, d. h., es vermeidet jeden Hinweis auf Kampfeinsätze. Die Ausrichtung auf die NATO-Stabstätigkeit ist aber unverkennbar. In der Berichterstattung über die Stabsrahmenübung der NATO in der Türkei vom November 2003 mit 35 Schweizer Teilnehmern wird viel von Joint und Combined gesprochen. Das sind vornehmlich Begriffe für die Zusammenarbeit im Kampf. Was unsere Teilnehmer bearbeitet haben, bleibt im Dunkeln. Die Frage bleibt: Wie lässt sich dies mit der Neutralität wirklich vereinbaren?

Aufschlussreich sind die Ausführungen des Planungschefs der Armee hinsichtlich der Weiterentwicklung unserer Armee bis zum Jahre 2011. Dort wird nicht mehr von Verteidigung, sondern nur von Dynamischer Raumsicherungsoperation mit 50 Bataillonen (+ Flieger und Flab) = 50000 AdA gesprochen. Damit scheint ein Zusammenhang mit der Aussage des Armeechefs vom 4. Januar gegeben: «Die autonome Verteidigung ist für uns nicht mehr möglich.» Diese Entwicklung muss in Relation zu den finanziellen Möglichkeiten beurteilt werden. Wir müssen auf den u. E. entscheidenden Bereich für unsere Landesverteidigung hinweisen: die Bundesverfassung. Wenn es um die Armee geht, wird von Berichten, von Verordnungen, Gesetzen usw. gesprochen. Aber über die Bundesverfassung schweigt man sich heute aus. Die Art. 58, 59 und 185 sind für Gestaltung und Aufträge massgebend. Danach hat man sich zu richten. Wenn der Armeechef die autonome Verteidigung als illusorisch bezeichnet, der Herr Departementschef den Beitritt zur NATO in Abrede stellt, so ist die Frage berechtigt: «Mit wem sollen wir uns dann zusammen verteidigen?» Es ist ein reiner Wunschgedanke in fünf bis sieben Jahren könne uns nichts passieren. Sind die Grossstaaten wirklich so vertrauenswürdig? Die hier

RUAG verstärkt internationale Aktivitäten und senkt die Abhängigkeit vom Bund

2003 machte der bundeseigene Rüstungskonzern RUAG erstmals weniger als 50% des Umsatzes mit der Schweizer Armee. Die Aufträge aus dem VBS betragen letztes Jahr 42%. Vor fünf Jahren wurden die Rüstungsbetriebe des Bundes in eine Aktiengesellschaft mit 100% Bundesbeteiligung umgewandelt. Damals kamen 86% der Aufträge aus dem VBS. Das VBS bleibt aber weiterhin ein wichtiger und nachhaltiger Kunde. Diese Entwicklung ist unter anderem auch durch die Integration der beiden Bereiche ziviler Flugzeugunterhalt und Flugzeugstrukturbau möglich geworden. Für den Airbus werden grosse Strukturbauteile gefertigt. Zudem wird für Geschäftsflugzeuge ein bedeutendes Servicecenter betrieben. Die in Oberpfaffenhofen bei München ansässigen Betriebe haben den Jahresumsatz um mehr als 20% auf 1,22 Mia. Franken anschnellen lassen. Der Reingewinn ist abermals rückläufig. Das Ergebnis von Zinsen und Steuern (EBIT) beläuft sich auf 43 Mio. Franken (2002: 64 Mio.) und widerspiegelt die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. www.ruag.com dk

Verein «Festungsgürtel Kreuzlingen» gegründet

Am 23. Juni 2003 wurde der Verein «Festungsgürtel Kreuzlingen» gegründet, der sich zum Ziel setzt, «das öffentliche Interesse an Geschichte und Technik der Anlagen im Festungsgürtel Kreuzlingen» zu wecken und zu fördern. Zu diesem Zweck wird ein Bunkerlehrpfad mit entsprechenden Informationstafeln erstellt. Zudem werden zwei der Bunker aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs mit vollständiger Bewaffnung und Ausrüstung dem Publikum zugänglich gemacht. Eröffnungstag für diese Bunkerbesichtigungen ist der 28. August 2004. Bis dahin möchten wir möglichst viele Gegenstände der persönlichen Ausrüstung zusammentragen und in den beiden Bunkern ausstellen.

Wir suchen daher Uniformen, Rucksäcke, Tornister, Bajonette, Dienstbüchlein, Gamellen, Essbestecke, Tagebücher, Fotos, Erkennungsmarken usw. aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs und aus der Zeit des Kalten Kriegs (die Bunker wurden bis 1995 genutzt).

Kontaktpersonen: Andreas Sallmann, Weinfelderstrasse 11, 8580 Amriswil, und Erich Bühlmann, Weiherstrasse 3, 8274 Gottlieben.

aufgezeigten Landesverteidigungsfragen müssen schliesslich auch mit den immer noch vorhandenen Bestrebungen in Zusammenhang gesetzt werden, die schweizerische Selbstständigkeit in Frage zu stellen. Wir haben bis anhin unsere Freiheit mit der bewaffneten Neutralität bewahrt. Bleiben wir dabei!

H. Wächter, Div aD
Präsident Aktion Aktivdienst
8260 Stein am Rhein

Grenzverkehr zu Italien im Münstertal

Aufgrund der Kontrollen an der deutsch-schweizerischen Grenze sind lange Staus von Autos und Lastwagen entstanden. Der Unmut der Schweizer und der deutschen Grenzgänger ist beinahe ins Unermessliche gestiegen. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland haben sich abgekühlt. Der deutsche Innenminister Schily hat diese Kontrollen mit dem Hinweis auf die Vorgaben von Schengen begründet. Die Deutschen würden nur das durchführen, was andere Staaten an der Schweizer Grenze bereits seit längerer Zeit praktizieren würden. Die Schweiz sei eben eine EU-Aussengrenze. Interessanterweise hat die gesamte Presse der Schweiz dies nachgebetet. Ein Augenschein auf die Grenzen der Schweiz zu anderen EU-Staaten hätte vermutlich ein anderes Bild ergeben. So ist der Grenzverkehr im Münstertal zwischen der Schweiz und Italien speditiv. Die italienischen Zöllner sind gegenüber den Schweizer Automobilisten äusserst freundlich. Dies entspricht auch den guten Beziehungen, die die Münstertaler – notabene Schweizer – zu Italien und zum Südtirol unterhalten. Die Münstertaler und die Italiener verkehren miteinander auf einer äusserst freundschaftlichen Basis.

Die harten Kontrollen der Deutschen haben mit Sicherheit nichts mit Schengen zu tun. Schengen dient vermutlich den Deutschen als Vorwand für die Überwachung des Verkehrs aus der Schweiz. Ein Grund dafür dürfte offensichtlich sein. Unsere Behörden gehen mit dem Problem der Inneren Sicherheit sehr grosszügig um. Wir sind nicht einmal in der Lage, den Heroinhandel über die Schweiz nach Deutschland zu unterbinden. Aus deutscher Sicht wird die Schweiz vermutlich als Sicherheitsproblem beurteilt. Vielleicht werden wir für das übrige Europa sehr bald zu einem Sicherheitsvakuum werden. Wir im Münstertal kämpfen aber bereits heute gegen diesen Imageverlust an.

Mario Gross-Vollenweider
Kaufmann und Soldat
7532 Tschiers

Das Münstertal: vom ver-gessenen zum verlassenen Tal

Noch 2003 führte die Rekrutenschule in Chur die Gefechtsfeldausbildung im Münstertal durch. Dies ist nun leider nicht mehr der Fall. Als Konsequenz erleiden die Bewohner des Tals erhebliche Einkommensverluste. Das Münstertal erhielt bereits heute durch die Verantwortlichen des Schweizer Tourismus keine grosse Aufmerksamkeit, dies obwohl die Landschaft durch die Nähe zum Nationalpark im Sommer und Winter einmalige Schönheiten aufweist. Aber die Bürokratien hatten für das Tal und die Sorgen seiner Bewohner in der Vergangenheit nie grosse Interessen.

Der Rückzug der Armee aus dem Tal wird aber langfristig zu weiteren Auswirkungen führen. Bedingt durch den Verlust von Arbeitsplätzen, werden noch mehr als bisher Einheimische das Tal

verlassen und an anderen Orten ihr Einkommen suchen müssen. Dieser Abgang trifft vor allem für Familien zu. Die fortschreitende Entvölkerung des Tals ist bereits heute ein Faktum. Die Entvölkerung wird aber langfristig auch zu sicherheitspolitischen Problemen führen. Aufgrund der Ausdünnung der Bevölkerungsdichte dürfte der Filter gegenüber dem Durchgangsverkehr abnehmen. Es muss damit gerechnet werden, dass früher oder später Schlepperbanden und Kriminelle diese Situation für ihre Zwecke ausnützen werden. Das verlassene Münstertal könnte für dunkle Machenschaften als offenes Tor in die Schweiz ausgenützt werden. Die Verantwortung für diese Entwicklung zu einer «offenen Grenze» tragen Bürokraten, die man leider selten zur Verantwortung ziehen kann. Die Politiker aller Parteien, in Bern und in Chur, sind aufgerufen, dieser Entwicklung im Interesse der Sicherheit der Schweiz Einhalt zu gebieten.

Sebastian Conrad-Ruinatscha
Oblt, 7537 Münstair

Nordkorea

Dr. iur. Gino Arcioni-Musy, Fribourg, fragt Prof. Dr. Albert A. Stahel, weshalb die USA-Regierung nicht auch einen Luftschlag gegen Nordkorea führe. Hier dessen Antwort:

Sollte sich die Bush-Administration für einen Luftschlag auf die politische und militärische Führung Nordkoreas, einschliesslich der wichtigsten militärischen Arsenale, entschliessen und sollte dieser Luftschlag nicht hundertprozentig wirkungsvoll sein, dann werden die Nordkoreaner mit ihren 170-mm-Artilleriegeschützen in einem Gegen-schlag die Millionenstadt Seoul in Schutt und Asche legen. Die Zerstörung dieses Zentrums der Computertechnologie dürfte weder im Interesse der USA noch der übrigen Welt sein.

A. St. ■



**Ihr Spezialist
für gute
Kommunikation
bei grossem
Umgebungs-lärm**

**RACAL
ACOUSTICS**

Telefonhörer

Sprechgarnituren

sibalco

Sibalco, W. Siegrist & Co. AG
Birmannsgasse 8 • CH - 4009 Basel • Switzerland
Tel. +41 (0)61/264 10 10 • Fax +41 (0)61/264 10 15
E-Mail: sib@sibalco.ch • Internet: www.sibalco.com